

Dieses Blatt
erscheint täglich
Abends und ist
durch alle Post-
anstalten des In-
und Auslandes zu
beziehen.

Dresdner Journal,

Preis für
das Vierteljahr
1¼ Thlr.
Insertionsgebüh-
ren für den Raum
einer gespaltenen
Seite 12 Pf.

Herold für sächsische und deutsche Interessen.

Redigirt von **Karl Biedermann.**

Inhalt. Die Stellung der Parteien in Dresden — deren Einigung. — Tagesgeschichte: Dresden: Die Armeebedürfnisse des Königl. sächs. Kontingents; Ständchen für Wigard und Klette. Leipzig: Deutscher Vaterlandsverein. Chemnitz: Vorsichtsmaßregeln; Versammlung der Fabrikanten; die Wahlen für Frankfurt. Berlin. Posen. Von der Weichsel. Düsseldorf. Hamburg. Uderup. Luxemburg. Frankfurt. Karlsruhe. Wien. Basel. Paris. Lombardei. Rom. England. London. Irland. New-York. — Kunst und Literatur: Deutsches Reich — deutscher Bund — deutsches Parlament. Kein Glaubensbekenntniß, sondern eine geschichtlich begründete Darlegung. — Feuilleton. — Eingefendetes. — Geschäftskalender. — Ortskalender. — Angekommene Reisende.

Die Stellung der Parteien in Dresden — deren Einigung.

So offenkundig Dresdens Spaltung, so bekannt und fühlbar einem Jeden das Dasein hauptsächlich zweier Parteien ist, so falsch und wenigstens unklar sind noch immer der Meisten Begriffe über das Wesen und den Zweck derselben. Es scheinen daher einige verständigende Worte hierüber sehr an der Zeit. Die eine der beiden Parteien stellt als ersten und obersten Grundsatz auf: „Der verfassungsmäßig ausgesprochene Wille des Volkes ist das höchste Gesetz“; sie verlangt, daß einzig und allein dieser in den einzelnen Staaten für die Regierungsgrundsätze maßgebend sei, und daß auch im gesammten Deutschland die Fürsten ihrer Einzelsouveränitätsrechte zum Besten der gesammten Nation, und des dieser künftig vorstehenden Oberhauptes mit seinem verantwortlichen Ministerium sich begeben. Der Mittelpunkt dieser Partei ist unstreitig der Vaterlandsverein, sie umfaßt aber außer denen, die bloß Glieder dieses sind, auch alle Diejenigen, welche sowohl ihm, als auch dem deutschen Vereine angehören, ja überdies auch so Manche, die, wie der Unterzeichnete, bis jetzt nur Mitglieder des Letztern sind, aber nur in obigem Sinne dessen Programm unterschrieben haben. Die Führer dieser Partei sind die Männer, die schon seit Jahren unter dem alten Regierungssystem dessen entschiedene Gegner und die Vorkämpfer der Freiheit waren, deren Namen schon längst im Turnverein, Gimnasialverein, Stadtverordnetenversammlung sich einen populären Klang erworben hatten. Nur zu oft pflegt man diese gesammte Partei von der Seite der Gegner aus als die republikanische zu verfeuern, aber mit Unrecht. Es ist gewiß, daß sich in ihr eine vielleicht nicht geringe Anzahl findet, welche ganz offen oder versteckt die republikanische Regierungsform anstrebt und nur in ihr ein Heil sieht; aber die ungeheure Mehrzahl dieser Partei hat jetzt Nichts von diesen Gelüsten, sie hält die Frage der Regierungsform nur für die zweitwichtigste und will ernstlich und wahrhaft „die konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage.“ Nur getäuschte Hoffnung in Bezug auf diese Form könnte Alle zur Republik führen. Suchen wir nach einem Namen für diese Partei in ihrer Gesamtheit, so kommt ihr der „der Volksouveränitätspartei“ zu. Ihre Stärke beruht nicht nur in ihrer Zahl allein, sondern auch hauptsächlich darin, daß sie wirklich weiß, was sie will, daß Alle einen bestimmten Zweck vor Augen haben, denn selbst die meisten Republikaner in ihr betrachten die konstitutionelle Monarchie für ihr nächstes Ziel und für den Durchgangspunkt zu Erfüllung ihrer weitem Wünsche.

Die andere große Partei stellt die Frage nach der Regierungsform in den allerersten Rang; nur Monarchie! um Alles in der Welt nur keine Republik! ist ihr Feldgeschrei. Diese Partei, hauptsächlich geschaart in und um den deutschen Verein, ist nur einig in Dem, was sie nicht will, sehr gespalten aber in Dem, was sie eigentlich will. Das Schlagwort für sie ist zwar auch die berühmte: „konstitutionelle Monarchie auf breiterer demokratischer Grundlage,“ aber die Auslegung desselben höchst verschieden. Sie umfaßt erstens wahr-

haft Liberale, die aber die republikanische Regierungsform für in Europa unhaltbar und unheilvoll halten; sodann eine ungeheure Anzahl Solcher, welche in ihren politischen Ansichten völlig unklar sind, und nur in der übertriebenen Furcht vor Republik, wo nothwendigerweise Plünderung, Mord und Todschlag herrschen müsse, übereinstimmen; endlich drittens Diejenigen, welche, mehr oder minder Anhänger der wirklichen Fürstenherrschaft, vom frühern Regierungssystem Vieles oder Alles zurückwünschen.

Nach dieser Charakteristik der beiden Parteien fragen wir denn nun, ob nach ihrem gegenseitigen Verhältnisse und inwiefern eine Einigung möglich ist? Jeder Unbefangene sieht aber sogleich, daß beide in ihren Ideen durchaus nicht so schroffe Gegensätze bilden, als in der Wirklichkeit, und daß eine klare Verständigung eine ganz andere Gestaltung der Parteien hervorrufen müßte, als die jetzige ist. Auf dem bisherigen Wege fortzugehen, von Seiten der zweiten Hauptpartei die gesammte erstere Republikaner, von Seiten der erstern die gesammte zweite Reaktionen zu schimpfen, wird freilich nimmermehr einen guten Erfolg haben; die einzige Möglichkeit zur möglichsten Einigung ist nur dadurch gegeben, wenn die Liberalen und die Unklaren der anti-republikanischen Partei einsehen, daß das Hauptprinzip der andern Partei, das der Volksouveränität ihren eigenen Wünschen durchaus nicht schnurstracks entgegensteht, daß sie vielmehr ihr eigenes Ziel, die Hinderung der Republik, nur durch Begründung ihrer konstitutionellen Monarchie auf dem vollen Grundsatz der Volksouveränität erreichen können, daß sie aber durch eine solche Begründung die ungeheure Mehrzahl der Gegenpartei für sich gewinnen und mit ihr verschmelzen müssen. Abfallen würden dann nur einerseits die exaltirten Republikaner, andererseits die Reaktionen; geistige und fisische Uebermacht und daher der Sieg würde der Mitte unbestritten sein!

Eine solche Stellung der Parteien wäre gewiß eine sowohl vernunft-, als sachgemäßere, als die bisherige, und dem Kerne beider jetzigen Parteien eine unendlich heilsame.

Das Haupthinderniß einer solchen Neugestaltung der Parteien, die den größten Theil unferes Dresdens zur Einigung führen würde und müßte, liegt, wie schon gesagt, in der Halbheit, Unentschiedenheit und Unklarheit so Vieler. Viele, selbst der sonst tüchtigsten und redlichsten Männer, sind sich noch nicht klar bewußt, daß die Frage, ob der Einzelwille des Fürsten einen Einfluß auf Regierungsform und Grundsätze haben solle oder nicht, nur mit einem entschiedenen Ja oder Nein beantwortet werden kann, daß eine dritte, eine Mittelantwort schlechterdings unmöglich ist. Sie fühlen nicht, daß die Frage thatsächlich bereits auch in Deutschland mit Nein! beantwortet ist, und es sich jetzt nur noch um ihre gesetzliche Feststellung handelt. Sie wissen nicht, daß der Grundsatz der vollen „Volksouveränität“ mit der monarchischen Regierungsform völlig in Einklang stehen kann, daß er in manchen Monarchien längst volle Geltung hat (wie es z. B. in England völlig gleichgiltig ist, ob die Königin Schutzölle oder Handelsfreiheit, Krieg oder Frieden will!). Daher gerathen sie beim Sprechen und Schreiben nothwendig in eine Menge Widersprüche, und be-